

Neue Volksinitiative geplant

News Politik

# Senioren wollen Schutz vor Diskriminierung

**Lea Hartmann**  
Bundeshaus-Redaktorin

🕒 23:48 Uhr  
04.08.2019

🔄 06:29 Uhr  
05.08.2019

**Sei es im Job, auf Wohnungssuche oder im Spital: Menschen über 50 fühlen sich in vielen Bereichen benachteiligt. Eine Allianz, die auch von den Gewerkschaften unterstützt wird, will die Altersdiskriminierung nun per Volksinitiative bekämpfen.**



📺 1/7 Ein Ort, wo sich die Altersdiskriminierung zeigt, ist der Arbeitsmarkt: Ältere Arbeitslose haben oft Schwierigkeiten, wieder einen Job zu finden.

📺 2/7 Denn ältere Arbeitnehmende sind – und als jüngere.

Genug gejammert, jetzt wird gehandelt! Weil sie sich wegen ihres Alters vielfach benachteiligt fühlt, geht die ältere Generation auf die Barrikaden. Eine Volksinitiative steht in der Pipeline, welche der Altersdiskriminierung Schranken setzen will. Das berichtete die **«NZZ am Sonntag»** <<https://nzzas.nzz.ch/schweiz/aeltere-menschen-kaempfen-mit-zwei-volksinitiativen-fuer-mehr-rechte-ld.1499791>> .

Wie BLICK weiss, steht hinter dem geplanten Volksbegehren und der dafür gegründeten «Allianz gegen Altersdiskriminierung» der Verband Avenir50plus. Bereits jetzt haben die Initianten mit den beiden Gewerkschaftsdachverbänden Travailsuisse und dem Schweizerischen Gewerkschaftsbund (SGB) gewichtige Unterstützer auf ihrer Seite.

## «Alter ist nicht gleich pflegebedürftig»

Noch steht der Initiativtext nicht definitiv fest. Den Initianten schwebt aber ein Verfassungszusatz vor, der das Parlament zwingen würde, ein neues Gesetz zu formulieren – analog zum Gleichstellungs- oder dem Behindertengleichstellungsgesetz. Es würde das allgemeine Diskriminierungsverbot, das bereits in der Verfassung verankert ist, erweitern und wäre eine Grundlage für Betroffene, um gegen Unternehmen zu klagen.

Die Solothurner SP-Nationalrätin Bea Heim (73) ist Präsidentin des Schweizer Seniorenrats, der die Initiative ebenfalls unterstützt. «Altersdiskriminierung ist ein Problem, das sich angesichts der demografischen Entwicklung weiter verschärfen wird», sagt sie. Die Diskriminierung äussere sich zum Beispiel in stereotypen und meist negativen Altersbildern. Eine Generalisierung, die niemandem gerecht werde, wie Heim findet. «Alter ist nicht automatisch gleichzusetzen mit dem Abbau von geistigen Kräften. Und Alter bedeutet schon gar nicht einfach Pflegebedürftigkeit, Demenz oder Schwerhörigkeit. Mit solchen Verallgemeinerungen verbaut sich die Gesellschaft die Erfahrung, die Loyalität und das Engagement älterer Menschen zunutze zu machen.»

## Ältere kämpfen mit Langzeit-Arbeitslosigkeit

Besonders schwierig ist die Situation für über 50-Jährige auf dem Arbeitsmarkt. Im internationalen Vergleich steht die Schweiz zwar gut da. Zudem sinkt das Risiko, arbeitslos zu werden, im Alter. Allerdings: Wer einmal arbeitslos ist, hat im Alter erheblich mehr Mühe, wieder Fuss in der Arbeitswelt zu fassen. Denn ältere Arbeitnehmer kosten ein Unternehmen mehr. Der Anteil der Langzeitarbeitslosen liegt hierzulande höher als im Schnitt der 36 Mitgliedsstaaten der Organisation für Entwicklung und Zusammenarbeit (OECD), zu denen auch die Schweiz gehört.

Das ist aber nicht das einzige Problem. «Ältere Menschen werden auch auf dem Wohnungsmarkt und im Gesundheitswesen benachteiligt. Senioren werden einfach auf die Strasse gestellt und finden kaum eine Wohnung», sagt SP-Politikerin Heim. Sie ist überzeugt, dass ein griffiges Gesetz etwas bringen würde. «Dann wäre die Politik endlich gefordert zu handeln.» Die OECD fordert die Schweiz schon lange auf, Gesetze und Richtlinien gegen Altersdiskriminierung zu verabschieden – so, wie das die meisten anderen OECD-Staaten bereits getan haben.

## Zweite Initiative in Startlöchern

Nebst der Initiative gegen Altersdiskriminierung steht derzeit zudem noch ein zweites Volksbegehren in den Startlöchern, welches das Wohlergehen der älteren Generation im Blick hat. Das Initiativprojekt des Vereins Netzwerk Gutes Alter will Bund und Kantone verpflichten, nicht nur die Kosten fürs Altersheim teilweise zu übernehmen, sondern auch andere und meist günstigere Betreuungsformen mitzufinanzieren – zum Beispiel die Betreuung zu Hause oder Formen des betreuten Wohnens, wie die «NZZ am Sonntag» schreibt. Damit soll verhindert werden, dass Senioren, die eigentlich noch zu Hause leben können, nur aus finanziellen Gründen ins Altersheim ziehen.



## Kommentare

| *Einloggen und einen Kommentar schreiben...*